

Remo Nitschke*

Zwischen Baum und Borke – Die Parteipräferenzen von ehemaligen Ostdeutschen, die mittlerweile in Westdeutschland leben

Die politischen Präferenzen in Westdeutschland lebender Ostdeutscher sind ein bislang kaum untersuchtes Themenfeld. In diesem Papier zeige ich, dass sich ehemalige Ostdeutsche hinsichtlich ihrer Parteidentifikation weder „typisch ostdeutsch“, noch wie Westdeutsche verhalten. Sie liegen – je nach Partei – vielmehr häufig dazwischen. Auffällig ist, dass sich sowohl abgewanderte als auch gebliebene Ostdeutsche deutlich weniger mit der SPD identifizieren als Westdeutsche. Bei der Zustimmung zu AfD und Linkspartei liegen in Westdeutschland lebende Ostdeutsche zwischen Ost- und Westdeutschen. Hinsichtlich einer Identifikation mit den Unionsparteien und den Grünen unterscheiden sich ehemalige Ostdeutsche dagegen nicht von Westdeutschen.

Die Unterschiede in den Wahlergebnissen zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern, insb. das starke Abschneiden der AfD in Ostdeutschland bei Bundes- und Landtagswahlen jüngster Vergangenheit, sind ein präsent Thema in der Öffentlichkeit. Oft werden regionale Unterschiede in Wahlanteilen für einzelne Parteien durch ökonomische Unterschiede erklärt (Rydgren und Ruth 2013, Geishecker und Siedler 2012). Neuere Studien zeigen jedoch, dass insb. kulturelle Merkmale und verschiedene Wertvorstellungen eine Quelle für Unterschiede in politischen Präferenzen innerhalb eines Landes sind (Inglehart und Norris 2016, Rösel und Samartzidis 2018). Im Kern der Diskussion steht die Frage, inwieweit die aktuelle ökonomische Situation oder vielmehr vergangene Erfahrungen das politische Meinungsbild der Bürger prägen.

Eine Gruppe, die sich zur Untersuchung dieser Fragestellung eignet und in der Diskussion bisher kaum Beachtung findet, sind ehemalige Bewohner Ostdeutschlands, also des Gebietes der früheren DDR, die mittlerweile in Westdeutschland leben. Mehrere Millionen Ostdeutsche sind bis zum Bau der Berliner Mauer und nach ihrem Fall in Richtung Westdeutschland abgewandert. Über politische Präferenzen der abgewanderten Ostdeutschen bestehen bisher nur Mutmaßungen, aber keine gesicherten Fakten.

Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) sprach bspw. im Vorfeld der Bayerischen Landtagswahlen 2018 von einer „[veränderten] soziologische[n] Situation in Bayern [...]“ und davon, dass man beim Einkaufen im Supermarkt „[...] kein Nürnbergerisch, sondern nur Sächsisch oder Thüringisch [...]“ höre. Infolgedessen sei es für die CSU „[...] immer schwieriger, eine absolute Mehrheit zu holen [...].“ (Deutschlandradio, 30. August 2018).

Im Rahmen der Studie untersuche ich, mit welchen Parteien sich in Westdeutschland lebende Ostdeutsche identifizieren. Basis sind Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), das sowohl Informationen zur Herkunft eines Befragten als auch dessen Parteipräferenzen beinhaltet. Die

Ergebnisse zeigen, dass sich ehemalige Ostdeutsche hinsichtlich ihrer Parteidentifikation weder „typisch ostdeutsch“, noch wie Westdeutsche verhalten. Sie liegen – je nach Partei – vielmehr häufig dazwischen. Bezüglich der Identifikation mit den Unionsparteien unterscheiden sich ehemalige Ostdeutsche allerdings nicht von Westdeutschen. Der Zuzug von Ostdeutschen ist damit nicht verantwortlich für schwächere Wahlergebnisse der CSU in Bayern. Wenn überhaupt, dann schadete der Zuzug von Millionen Ostdeutscher der SPD, mit der sich ehemalige Ostdeutsche signifikant weniger identifizieren als Westdeutsche.

VORÜBERLEGUNGEN UND METHODIK

Behalten Menschen nach einem Umzug ihre politischen Präferenzen oder passen sich diese an die neue Umgebung an? Auf Basis bisheriger Erkenntnisse ist beides denkbar. Nach Campbell et al. (1960) handelt es sich bei der Parteidentifikation um eine tiefere psychologische Verbundenheit zu einer Partei, die großen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat. Sie trägt ihre Wurzeln im Kindes- und Jugendalter und weist, einmal ausgeprägt, eine große Beständigkeit auf. Dies würde dafür sprechen, dass Ostdeutsche auch nach ihrem Umzug in den Westen ihre Präferenzen behalten. Demgegenüber stehen Arbeiten, die eine ständige Evaluation der Parteidentifikation erklären (Franklin und Jackson 1983) und Änderungen in politischen Präferenzen durch Veränderungen im sozialen und institutionellen Umfeld beschreiben (Levine 2005, Johnston und Pattie 2005 sowie Lazarsfeld et al. 1969). Diese Studien legen nahe, dass sich die Parteipräferenzen nach einem Umzug von Ost- nach Westdeutschland durchaus ändern können. Klarheit darüber kann nur eine empirische Untersuchung bringen.

* Remo Nitschke ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Zunächst untersuche ich, ob und inwieweit sich Ost- und Westdeutsche überhaupt mit einer Partei identifizieren. Als Datengrundlage hierfür dient das SOEP. Dieser Datensatz gibt Auskunft über die politischen Präferenzen und den jeweiligen Aufenthaltsort der meiner Untersuchung zugrunde liegenden Individuen (vgl. hierzu Infobox 1).

**Infobox 1
Datenbasis**

Datengrundlage dieser Untersuchung ist das Sozio-ökonomische Panel (SOEP). Das SOEP ist eine seit 1984 jährlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführte Befragung deutscher Privathaushalte. Dabei werden ein und dieselben Personen wiederholend zu einer Vielzahl an Variablen auf Haushalts- und Individualebene befragt (Goebel et al. 2018). Die politischen Präferenzen werden im SOEP anhand der Parteiidentifikation ermittelt. Zunächst geben Befragte an, ob sie überhaupt längere Zeit einer bestimmten Partei zuneigen. Nur bei Zustimmung nennen sie im zweiten Schritt eine konkrete Parteipräferenz (TNS Infratest Sozialforschung 2016). Auf Basis dieser angegebenen Parteiidentifikation werden die Individuen anschließend miteinander verglichen.

Meine Analyse beschränkt sich auf das Befragungsjahr 2016. Anhand einer Information zum Befragungsort 2016 und einer Abfrage des Aufenthaltsortes vor 1989 lassen sich die Befragten in drei Gruppen einteilen: Erstens Befragte, die angaben, vor 1989 in Ostdeutschland gelebt zu haben und inzwischen in Westdeutschland wohnen (Ostdeutsche in Westdeutschland), zweitens sowohl 1989 als auch 2016 in Westdeutschland lebende Westdeutsche (Westdeutsche) und drittens

sowohl 1989 als auch 2016 in Ostdeutschland lebende Ostdeutsche (Ostdeutsche).¹ Nach 1989 Geborene sowie Befragte, die vor 1989 im Ausland lebten, sind kein Bestandteil der Untersuchung. Letztlich beobachte ich 806 in Westdeutschland lebende Ostdeutsche, 12 504 Westdeutsche und 3 955 Ostdeutsche. Zunächst diskutiere ich die reinen Mittelwerte zwischen diesen drei Gruppen, später verfeinere ich die Vergleiche mithilfe eines Matching-Ansatzes.

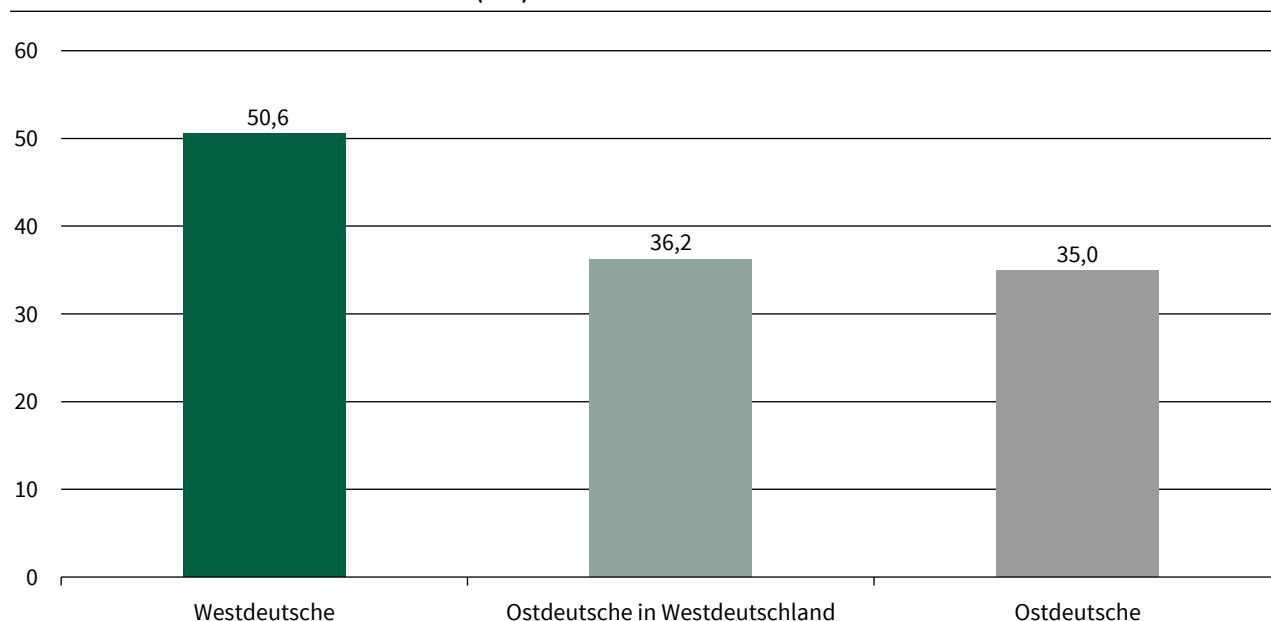
NUR GUT JEDER DRITTE IN WESTDEUTSCHLAND LEBENDE OSTDEUTSCHE IDENTIFIZIERT SICH MIT EINER PARTEI

Aus Abbildung 1 geht hervor, dass es hinsichtlich der generellen Parteiidentifikation deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen gibt (linker dunkelgrüner und rechter grauer Balken). Während in der westdeutschen Kontrollgruppe etwa jeder zweite angibt, längerfristig einer konkreten Partei zuzuneigen, ist es in der ostdeutschen Kontrollgruppe nur gut jeder Dritte. Unter den in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen liegt der Anteil der Individuen mit einer Parteiidentifikation bei 36,2% und damit nur leicht über der ostdeutschen Kontrollgruppe. Ostdeutsche und in Westdeutschland lebende Ostdeutsche unterscheiden sich diesbezüglich kaum voneinander und weisen deutlich geringere Identifikationsraten auf als Westdeutsche.

UNION UND GRÜNE DOMINIEREN UNTER DEN IN WESTDEUTSCHLAND LEBENDEN OSTDEUTSCHEN

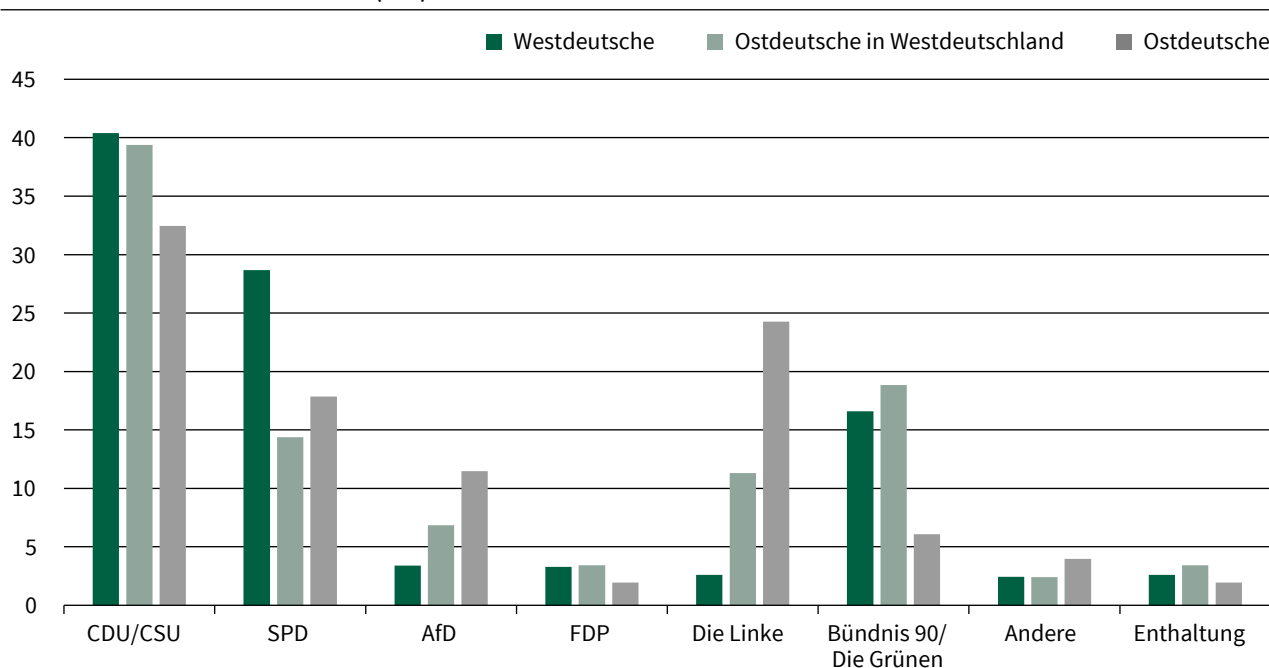
Im Folgenden richtet sich das Augenmerk auf die Frage, wie sich die drei Vergleichsgruppen hinsichtlich der Identifikation mit konkreten Parteien unterscheiden. Gegenstand dieser Analyse sind nur Individuen, die zuvor angaben, sich über-

Abb. 1
Anteil der Individuen mit einer Parteiidentifikation (in %)



Quelle: SOEP v33.1 (2016), Darstellung des ifo Instituts.

Abb. 2
Identifikationsanteile einzelner Parteien (in %)



Hinweis: In der Abbildung sind die Identifikationsanteile einzelner Parteien für die drei Vergleichsgruppen dargestellt. Die Anteile beziehen sich jeweils auf die Gesamtheit der Individuen einer bestimmten Gruppe mit einer Parteiidentifikation. Die Stichprobengrößen betragen 6 324 Westdeutsche, 1 384 Ostdeutsche und 292 in Westdeutschland lebende Ostdeutsche.

Quelle: SOEP v33.1 (2016), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

haupt mit einer Partei zu identifizieren. In Abbildung 2 wird ersichtlich, wie sich die Individuen mit Parteiidentifikation auf die einzelnen Parteien verteilen.

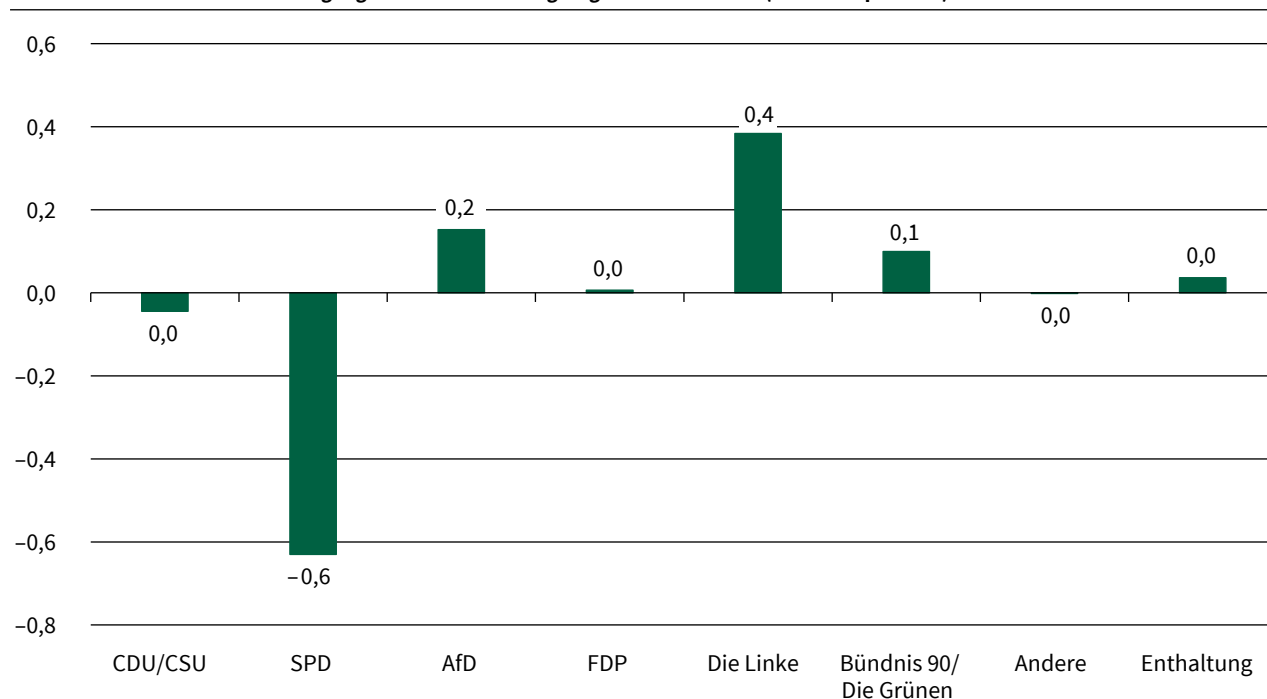
Zunächst offenbart die Abbildung Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die sich mit den bekannten Ost-West-Unterschieden in den Wahlergebnissen decken. SPD, CDU/CSU (Union) und Bündnis 90/Die Grünen dominieren in Westdeutschland, während die Linkspartei und AfD im Osten besser abschneiden. Unter den in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen identifizieren sich die meisten Individuen mit der Union (knapp 40%) und Bündnis 90/Die Grünen (knapp 19%). Auffällig ist, dass die ehemaligen Ostdeutschen hinsichtlich dieser beiden Parteien näher bei ihren westdeutschen Nachbarn als bei ihren ehemaligen ostdeutschen Mitbewohnern liegen. Im Westen identifizieren sich gut 40% mit der Union, im Osten nur rund 32%. Die Neigung zu Bündnis 90/Die Grünen lag 2016 in Westdeutschland bei knapp 17%, im Osten nur bei gut 6% und ist somit in beiden Vergleichsgruppen geringer als unter den in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen. Umgekehrt verhält es sich bei der SPD. Sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland identifizieren sich relativ mehr Leute mit der SPD als in der Gruppe der in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen. Mit einer Identifikationsrate von gut 14% ähneln die ehemaligen Ostdeutschen jedoch eher den geliebten Ostdeutschen (18%) als den Westdeutschen (29%). Für die AfD und Linkspartei bewegen sich die Identifikationsraten der ehemaligen Ostdeutschen zwischen denen der Kontrollgruppen. Bei FDP und anderen Parteien gibt es kaum nennenswerte Unterschiede zwischen den drei Gruppen. Insgesamt dominiert im Rahmen dieser

Analyse das Bild einer Abweichung der in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen vom „typisch ostdeutschen“ Identifikationsverhalten. Parallelen zu Ostdeutschen lassen sich dagegen bezüglich der relativ geringen SPD-Bindung sowie der stärkeren Identifikation mit AfD und Linkspartei im Vergleich zur westdeutschen Kontrollgruppe ausmachen.

EHEMALIGE OSTDEUTSCHE ÄNDERN KAUM DIE STIMMENVERTEILUNG IM WESTEN

Nachdem gezeigt wurde, inwiefern sich die Parteiidentifikationen in den drei Gruppen unterscheiden, gibt die folgende Simulationsanalyse Aufschluss darüber, welche Parteien von der millionenfachen Zuwanderung Ostdeutscher profitieren bzw. dadurch verlieren. Abbildung 3 zeigt, dass sich die Parteineigung im Westen kaum spürbar ändern würde, wenn man die ehemaligen Ostdeutschen herausrechnet. Der stärkste negative Effekt ist für die SPD zu beobachten. Durch das Hinzukommen der ehemaligen Ostdeutschen ist eine um 0,6 Prozentpunkte geringere Identifikationsrate mit der SPD zu verzeichnen. Auch der Einfluss auf die Union ist negativ, jedoch mit deutlich weniger als 0,1 Prozentpunkten kaum noch messbar. Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie die AfD profitieren dagegen von ehemaligen Ostdeutschen. Mit rund 0,4 und 0,2 Prozentpunkten ist der Einfluss auf die Linkspartei und AfD am größten. Für die übrigen Parteien gibt es keine messbaren Effekte.

Die Hypothese, dass ehemalige Ostdeutsche mitverantwortlich für ein schlechtes Abschneiden der Unionsparteien in Westdeutschland sind, kann bezüglich der Parteiidentifikation

Abb. 3**Wie stark ändert sich die Parteieigung im Westen durch zugezogene Ostdeutsche? (in Prozentpunkten)**

Hinweis: In der Abbildung wird die Veränderung der westdeutschen Identifikationsraten in Prozentpunkten dargestellt, die eine Berücksichtigung der ehemaligen Ostdeutschen in der westdeutschen Kontrollgruppe bewirkt. Auch hier werden nur Individuen mit Parteiidentifikation in die Analyse einbezogen. Die Stichproben belaufen sich demnach auf 6 324 Individuen in der westdeutschen Kontrollgruppe und 6 616 Individuen in Westdeutschland (inkl. in Westdeutschland lebender Ostdeutscher). Die Ergebnisse wurden auf eine Nachkommastelle gerundet.

Quelle: SOEP v33.1 (2016), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

der Individuen nicht bestätigt werden. Ein messbarer negativer Einfluss lässt sich höchstens für die SPD ausmachen, wobei selbst dieser Effekt deutlich unter einem Prozentpunkt liegt. Der Einfluss auf die Union ist verschwindend gering. Die Ergebnisse ändern sich nicht, wenn man die Untersuchung auf Bayern beschränkt, wo rund ein Viertel der ehemaligen Ostdeutschen leben. Der SPD-Effekt verändert sich dadurch nur marginal. Der negative Einfluss auf die Unions-Identifikation verstärkt sich dagegen auf rund -0,4 Prozentpunkte, der positive Einfluss auf die Linkspartei wächst auf 0,8 Prozentpunkte. Insgesamt bleiben die Effekte aber weiterhin minimal, gemessen an den üblichen CSU-Stimmenergebnissen von rund 40%.

KONTROLLE FÜR INDIVIDUELLE CHARAKTERISTIKA BESTÄTIGT DIE ERGEBNISSE

Abschließend soll untersucht werden, ob die gemessenen Unterschiede zwischen in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen und den beiden Kontrollgruppen auch unter Berücksichtigung von persönlichen Charakteristika beobachtet werden können. Ziel dieser Untersuchung ist es, Aussagen darüber treffen zu können, ob in Westdeutschland lebende Ostdeutsche verglichen mit Kontrollindividuen ähnlichen Alters, Geschlechts etc. andere Identifikationswahrscheinlichkeiten mit bestimmten Parteien aufweisen. Hierzu verwende ich einen Matching-Ansatz, um die Vergleichbarkeit zwischen den drei untersuchten Gruppen zu erhöhen. Grund-

gedanke dieser Methode ist es, verschiedene demographische und sozioökonomische Kontrollvariablen in die Analyse einzubeziehen. Dabei sollen Individuen aus der Gruppe der ehemaligen Ostdeutschen primär mit Individuen aus den beiden Kontrollgruppen verglichen werden, die ihnen hinsichtlich der ausgewählten Kontrollvariablen möglichst ähnlich sind. So sollen die Ergebnisse um den Einfluss unterschiedlicher individueller Charakteristika „bereinigt“ werden. Die ausgewählten Kontrollvariablen sowie detaillierte Informationen zur verwendeten Methodik sind in Info-box 2 ersichtlich.

Die im Rahmen der Matching-Regression ermittelten Effekte liefern uns verfeinerte Informationen darüber, ob die gemessenen Unterschiede zwischen ehemaligen Ostdeutschen und den beiden Kontrollgruppen auch noch nach dem Einbezug der Kontrollvariablen wie Alter, Geschlecht etc. in die Analyse bestehen. Abbildung 4 zeigt die Ergebnisse als Differenz zwischen in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen und den Kontrollgruppen. Die Unterschiede von ehemaligen Ostdeutschen zur westdeutschen Kontrollgruppe sind in grün dargestellt, die Effekte bezüglich des Vergleichs mit der ostdeutschen Kontrollgruppe sind schwarz. Die Darstellungen lassen sich wie folgt lesen: Die Punkte kennzeichnen jeweils die Größe des Unterschieds. Ein Effekt von null sagt aus, dass es keine Unterschiede in der Identifikationswahrscheinlichkeit zwischen ehemaligen Ostdeutschen und ost- bzw. westdeutscher Kontrollgruppe gibt. Effekte oberhalb der vertikalen Null-Linie kennzeichnen eine größere

Infobox 2

Methodik – Matching-Regression

Zur Schätzung des Effekts der Treatmentzugehörigkeit auf die Parteiidentifikation verwende ich ein Propensity Score Matching. Hierbei handelt es sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst erhält jedes Individuum in Treatment- und Kontrollgruppe einen Propensity Score. Dieser gibt die Wahrscheinlichkeit eines jeden Individuums an, basierend auf der Ausprägung seiner Kontrollvariablen zur Treatmentgruppe (Gruppe der in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen) gehören zu können (Rosenbaum und Rubin 1983). Ermittelt wird dieser Score mithilfe einer Probit-Regression der Form:

$$P(D_i = 1|X_i) = \phi (\beta_0 + \beta_1 Geburtsjahr_i + \beta_2 weiblich_i + \beta_3 Eink_{HHi} + \beta_4 Größe_{HHi} + \beta_5 PolitInt_i + \beta_6 Land_i + \beta_7 HZB_i + \beta_8 erwerbstätig_i + \beta_9 verheiratet_i + \varepsilon_i),$$

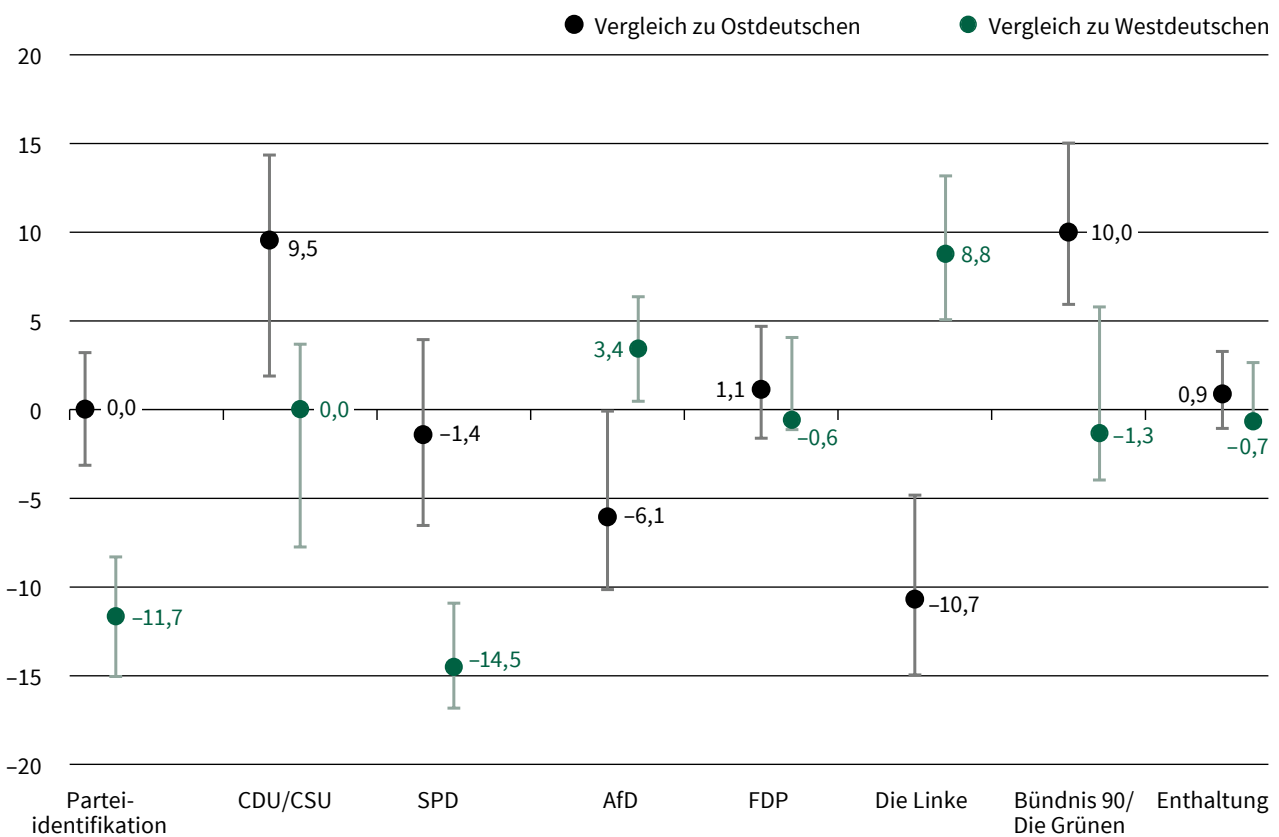
wobei $P(D_i = 1|X_i)$ den Propensity Score, D_i die Treatmentzugehörigkeit und ϕ die Normalverteilung beschreibt; ε_i ist der Störterm. Der Index i steht für das jeweilige Individuum;

HH repräsentiert den dazugehörigen Haushalt. Die Parameter β_1 bis β_9 sind die marginalen Effekte der Kontrollvariablen, wogegen β_0 den Absolutterm widerspiegelt. Als Kontrollvariablen werden Alter, Geschlecht, Familienstand, Schulabschluss und das Politikinteresse der Individuen sowie ein Dummy für Erwerbstätigkeit und ein Stadt-Land-Dummy verwendet. Außerdem gehen die Größe und das Einkommen des Haushalts in die Analyse ein.

Basierend auf den berechneten Wahrscheinlichkeiten (Propensity Scores) schätze ich im zweiten Schritt die Treatmenteffekte. Ziel ist es dabei, Individuen aus der Treatmentgruppe mit Individuen aus den Kontrollgruppen zu vergleichen, die einen möglichst ähnlichen Propensity Score haben und sich somit hinsichtlich der ausgewählten Kontrolleigenschaften sehr ähnlich sind. Die Schätzung der Treatmenteffekte erfolgt mithilfe des Kernel-Matchings. Hierbei wird jedes Individuum der Treatmentgruppe hinsichtlich seiner Parteiidentifikation mit den Individuen der Kontrollgruppe verglichen, wobei die Vergleiche mit Kontrollindividuen mit dem ähnlichsten Propensity Score am stärksten gewichtet werden (Becker und Ichino 2002).

Abb. 4

Treatmenteffekte aus dem Kernel-Matching mit 95%-Konfidenzintervallen (in Prozentpunkten)



Hinweis: In der Abbildung werden die Treatmenteffekte nach Kernel-Matching mit den dazugehörigen 95%-Konfidenzintervallen dargestellt. Den Koeffizienten liegen zum Teil unterschiedliche Stichprobenumfänge zugrunde. Während sich der Effekt für die Parteiidentifikation jeweils auf die gesamte Stichprobe der entsprechenden Gruppen bezieht, werden bei den einzelnen Parteeffekten nur Individuen mit Parteiidentifikation betrachtet. Die angegebenen Koeffizienten wurden auf eine Nachkommastelle gerundet.

Quelle: SOEP v33.1 (2016), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Identifikationswahrscheinlichkeit mit einer Partei in der Gruppe der ehemaligen Ostdeutschen als in der entsprechenden Kontrollgruppe; Effekte unterhalb repräsentieren eine niedrigere Identifikationswahrscheinlichkeit der in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen. Bei den Korridoren an den Punkten handelt es sich um die dazugehörigen 95%-Konfidenzintervalle. Diese geben Auskunft über die statistische Verlässlichkeit eines Effekts.

Zunächst richtet sich der Blick auf die Parteiidentifikation allgemein (erstes Punktepaar in Abbildung 4). Hier bestätigt sich das Bild aus Abbildung 1. Es gibt keinen signifikanten Unterschied der in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen zu Ostdeutschen, wogegen sie gegenüber Westdeutschen eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit offenbaren, sich überhaupt mit einer Partei zu identifizieren. Der Effekt beläuft sich auf 11,7 Prozentpunkte.

Die folgenden Betrachtungen bezüglich konkreter Parteien beziehen sich jeweils nur auf die Teilstichprobe der Individuen, die eine Parteiidentifikation offenbaren. Ein ähnliches Bild wie für die allgemeine Parteiidentifikation offenbart sich dabei für die SPD. Während sich die in Westdeutschland lebenden Ostdeutschen nicht signifikant von Ostdeutschen unterscheiden, gibt es einen großen und signifikanten Unterschied zu Westdeutschen. Ehemalige Ostdeutsche haben demnach eine rund 14,5 Prozentpunkte geringere Identifikationswahrscheinlichkeit mit der SPD als Westdeutsche. Für Union und Bündnis 90/Die Grünen stellt sich der Sachverhalt umgekehrt dar. Es existieren keine signifikanten Unterschiede zu Westdeutschen. Gegenüber Ostdeutschen offenbaren in Westdeutschland lebende Ostdeutsche dagegen eine gut 9,5 Prozentpunkte (Union) und 10 Prozentpunkte (Bündnis 90/Die Grünen) höhere Identifikationswahrscheinlichkeit. Für AfD und Linkspartei bestätigt sich das Bild aus Abbildung 2. In Westdeutschland lebende Ostdeutsche unterscheiden sich signifikant von beiden Kontrollgruppen. Sie identifizieren sich stärker mit beiden Parteien als Westdeutsche, aber schwächer als Ostdeutsche, wobei die Unterschiede für die Linkspartei größer sind als für die AfD. Dahingehend nehmen in Westdeutschland lebende Ostdeutsche eine Zwischenstellung ein, was sie weder mit ihren alten, noch mit ihren neuen „Nachbarn“ vergleichbar macht. Bezüglich der FDP und einer Stimmenenthaltung gibt es keine signifikanten Unterschiede zu den Kontrollgruppen.

Auffällig ist, dass die SPD bei ehemaligen Ostdeutschen im Vergleich zu Westdeutschen sehr schwach abschneidet, obwohl sich beide Gruppen hinsichtlich anderer „typischer“ Westparteien (Union, Bündnis 90/Die Grünen) sehr ähneln. Welcher Zusammenhang dabei zur sozialistischen Vergangenheit ehemaliger Ostdeutscher und womöglich auch einer stärkeren Linkspartei besteht, müsste gesondert untersucht werden. Die Betrachtung weiterer Untersuchungsgruppen kann zusätzlich Aufschluss geben. So z. B. weisen Einwanderer aus dem ehemaligen Ostblock, die mittlerweile in Westdeutschland leben, ähnliche Präferenzen wie in Westdeutschland lebende Ostdeutsche auf. Auch sie identifizieren sich signifikant häufiger mit der Linkspartei und offenbaren ebenfalls eine deutlich geringere Identifikationswahrscheinlichkeit (-13,5 Prozentpunkte) mit der SPD als Westdeutsche (Ergebnisse hier nicht dargestellt). In Westdeutschland lebende

Einwanderer aus anderen Herkunftsländern unterscheiden sich bezüglich ihrer SPD-Neigung dagegen nicht von der westdeutschen Kontrollgruppe.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In Westdeutschland lebende Ostdeutsche bewegen sich politisch zwischen Ost- und Westdeutschen. Hinsichtlich einiger Parteipräferenzen ähneln sie eher Ostdeutschen (SPD), hinsichtlich anderer den Westdeutschen (Union und Grüne), unterscheiden sich in bestimmten Punkten aber auch von beiden Gruppen (AfD und Die Linke). Vor allem hinsichtlich der SPD gibt es eine größere Diskrepanz zwischen Westdeutschen und ehemaligen Ostdeutschen. Dennoch stellt sich der Einfluss ehemaliger Ostdeutscher auf die Stimmenverteilung in Westdeutschland basierend auf dieser Untersuchung relativ gering dar. Gleichwohl muss man berücksichtigen, dass diese Ergebnisse nur mittelbar auf Wahlen übertragen werden können. Berücksichtigt werden in dieser Analyse nur Individuen mit einer Parteiidentifikation, jedoch sind auch Individuen ohne feste Parteineigung potenzielle Wähler.

Bei dieser Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsbetrachtung des Jahres 2016. Es ist denkbar, dass sich bestimmte Ergebnisse, bspw. in Bezug auf die seit 2016 weiter erstarkte AfD oder Bündnis 90/Die Grünen, inzwischen anders darstellen können. Auch Aussagen zur Entwicklung von Parteipräferenzen im Zeitverlauf sind nicht möglich. Darüber hinaus muss man sich bei der Interpretation der Ergebnisse zwei Punkte vor Augen halten. Erstens werden in der vorliegenden Untersuchung räumlich mobile Individuen mit sesshaften Individuen verglichen, die sich hinsichtlich bestimmter, zum Teil auch schwer beobachtbarer Charakteristika, von vornherein unterscheiden können. Zweitens geht die Repräsentativität für die Gesamtbevölkerung, auch wenn es sich beim SOEP um eine repräsentative Befragung handelt, aufgrund der Beschränkung der Stichprobe auf vor 1990 Geborene und der Konzentration auf permanente Bewohner in den Kontrollgruppen verloren. Dennoch liefert die Studie erste Erkenntnisse über die Parteipräferenzen in Westdeutschland lebender ehemaliger Ostdeutscher und bietet viele Ansatzpunkte für weitere vertiefende Forschungen zu diesem Untersuchungskontext.

LITERATUR

- Becker, S. O. und A. Ichino (2002), „Estimation of average treatment effects based on propensity scores“, *The Stata Journal* Vol. 2 Nr. 4, S. 358–377.
- Campbell, A., Converse, P. E., Miller, W. E. und D. E. Stokes (1960), *The American Voter*, The University of Chicago Press, Chicago.
- Deutschlandradio (Hrsg.) (2018), Günther Beckstein über Politik und Kirche, Günther Beckstein im Gespräch mit Birgit Wentzien, herunterzuladen unter: https://www.deutschlandfunk.de/guenther-beckstein-ueber-politik-und-kirche-ich-war-nicht.1295.de.html?dram:article_id=426658, zuletzt abgerufen am: 5. August 2019.
- Franklin, C. H. und J. E. Jackson (1983), „The Dynamics of Party Identification“, *The American Political Science Review* Vol. 77 Nr. 4, S. 957–973.
- Geishecker, I. und T. Siedler (2012), *Job Loss Fears and (Extremist) Party Identification: First Evidence from Panel Data*, SOEPpaper Nr. 511–2012, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin.

Goebel, J., Grabka, M. M., Liebig, S., Kroh, M., Richter, D., Schröder, C. und J. Schupp (2018), „The German Socio-Economic Panel (SOEP)“, in: Winker, P., Büttner, T., Riphahn, R., Smolny, W. und J. Wagner (Hrsg.), *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, De Gruyter Oldenbourg, Berlin, S. 1–16.

Inglehart, R. F. und P. Morris (2016), *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash*, Harvard Kennedy School Faculty Research Working Paper Series 16-026, Harvard University Cambridge.

Johnston, R. J. und C. J. Pattie (2005), „Putting Voters in their Places: Local Context and Voting in England and Wales“ in: Zuckerman, A. S. (Hrsg.), *The Social Logic of Politics. Personal Networks as Contexts for Political Behavior*, Temple University Press, Philadelphia, S. 184–208.

Lazarsfeld, P. F., Berelson, B. und H. Gaudet (1969), *Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens*, Luchterhand, Neuwied/Berlin, deutsche Übersetzung von: Lazarsfeld, P. F., Berelson, B. und H. Gaudet (1944), *The people's choice: How the voter makes up his mind in a presidential campaign*, Duell, Sloan and Pearce, New York.

Levine, J. (2005), „Choosing Alone? The Social Network Basis of Modern Political Choice“, in: Zuckerman, A. S. (Hrsg.), *The Social Logic of Politics. Personal Networks as Contexts for Political Behavior*, Temple University Press, Philadelphia, S. 132–151.

Rösel, F. und L. Samartzidis (2018), „Wert- statt Geldmangel: AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt“, *ifo Dresden berichtet* 25(03), S. 9–13.

Rosenbaum, P. R. und D. B. Rubin (1983), „The Central Role of the Propensity Score in Observational Studies for Causal Effects“, *Biometrika* Vol. 70 Nr. 1, S. 41–55.

Rydgren, J. und P. Ruth (2013), „Contextual explanations of radical rightwing support in Sweden: socioeconomic marginalization, group threat, and the halo effect“, *Ethnic and Racial Studies* Vol. 36 Nr. 4, S. 711–728.

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) (Hrsg.) (2016), *Daten für die Jahre 1984–2016*, SOEP, Version 33.1, doi:10.5684/soep.v33.1.

TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.) (2016): *SOEP 2016 – Erhebungsinstrumente 2016 (Welle 33) des Sozio-oekonomischen Panels: Personenfragebogen, Stichproben A-L3*, SOEP Survey Papers Nr. 345: Series A, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) / SOEP Berlin.

-
- 1 Um in Westdeutschland lebende Ostdeutsche nur mit permanenten Bewohnern Ost- und Westdeutschlands zu vergleichen, wurden alle Individuen aus den Gruppen der Ost- und Westdeutschen ausgeschlossen, die im Laufe ihrer Befragungshistorie nicht dauerhaft im gleichen Teil Deutschlands lebten.